



# *Principality of Sealand*

---

[www.principality-of-Sealand.de](http://www.principality-of-Sealand.de)

[www.principality-of-Sealand.org](http://www.principality-of-Sealand.org)

---

Diese Dokumentation wird Ihnen kostenfrei zum Download zur Verfügung gestellt.

**Kontakt:**

[info@principality-of-sealand.eu](mailto:info@principality-of-sealand.eu)



# PRINCIPALITY OF SEALAND

Prime Minister

KOPIE

14. Januar 2000

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am 29. Dezember 1999 wurde im Rahmen einer vorgesehenen notariellen Beurkundung im Zusammenhang mit der *staatseigenen Firma Sealand Trade Corporation*, vertreten durch Johannes W. F. Seiger, diese vom Notar verweigert, weil er vom Auswärtigen Amt, wie seit Jahren üblich, eine negative Auskunft erhalten hatte. Den Behörden der Bundesrepublik Deutschland ist bekannt, daß diese Firma seit 1993 die für ihre Aktivität als ausländisches Unternehmen in der Bundesrepublik erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, ausgestattet mit Steuernummer, Umsatzsteuer ID-Nummer, Zollnummer usw. Die Aktivlegitimation dieser Firma ist hinreichend durch bundesrepublikanische ordentliche und Finanzgerichte sowie Behörden bestätigt worden.

Deshalb sehen wir uns veranlaßt, ergänzend zu unserem Brief vom 9. Dezember 1999, einige Fragen an Sie zu richten:

Vorauszuschicken ist, daß am 9. Oktober 1998 unter Federführung des damaligen Innenministers von Niedersachsen, Herrn *Glogowsky*, in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Potsdam sowie dem Bundesnachrichtendienst und dem Land Sachsen-Anhalt unsere verschiedenen Firmen in Trebbin/Löwendorf, Büros in Rheda-Wiedenbrück sowie Privatwohnungen in Paderborn und Lippstadt und andere durchsucht wurden, unter Einsatz einer Hundertschaft von Polizeikräften, unter dem Vorwand des Verdachtes des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (Besitz von Atom- und chemischen Waffen / Durchsuchungsbeschluß des AG Potsdam Anlage 1).

Hintergrund dieser Aktion war, daß die SPD-Parteifreundin in Braunschweig vom Unterzeichner gebeten worden war, bei Herrn *Glogowsky* die Aushändigung an Bundesbehörden von in unserem Besitz befindlichen Materialien einzuleiten (Statement vom 21.08.94 - Anlage 2). Ohne materielle Vorbedingung! Stattdessen wurde, wie oben bereits erwähnt, die Hundertschaft eingesetzt, um sich *gewaltsam* in den Besitz dieser Materialien zu bringen und zusätzlich von Dokumenten über den Verbleib des Bernsteinzimmers, des Reichspostschatzes, deutscher Flugscheiben einschließlich Konstruktionsplänen und Goldreserven aus dem ehemaligen Dritten Reich,

c/o Diplomatische Vertretung des Fürstentums Seeland im Deutschen Reich  
Ahrensdorfer Straße 7, D-14959 Trebbin-Löwendorf



weiterer Kulturgüter (auf 15 LKW) sowie des von uns entwickelten Sealand-Generators (Gravitationsfeldenergie).

Um sich endgültig des Problems Principality of Sealand, sowie ihres Premieministers und Staatsratsvorsitzenden, Johannes W. F. Seiger, zu entledigen, war drehbuchmäßig geplant, am selben Tag um 12:30 in Trebbin / Löwendorf die Abführung des Unterzeichnenden mit übergestülpter Kapuze und an Händen und Füßen in Ketten gelegt, als Schwerverbrecher und Terrorist der Öffentlichkeit als Medienspektakel zu präsentieren und am selben Tag weltweit zu publizieren.

Diese Aussagen wurden von der bereits erwähnten Parteifreundin des Herrn Glogowsky (SPD), die auch Hauptbelastungszeugin im Verfahren war, wenige Tage später in Gegenwart von vier unabhängigen Zeugen gemacht.

Damit wäre der langgehegte Wunsch der Bundesbehörden u. a. erfüllt gewesen, das Thema Principality und Seiger endgültig zu beenden.

Glücklicherweise ist es den Bundesbehörden und dem BND auch diesmal mißlungen, ihre kriminellen und völker- und menschenrechtswidrigen Aktivitäten zu vollenden.

Das Verfahren wurde nach § 170, 2 ZPO eingestellt! (Anlage 3)

Im übrigen befinden sich die kompletten Originalakten der Staatsanwaltschaft Potsdam in unserem Besitz um einer, wie leider üblichen, Falschinformation von Presse und Bevölkerung vorzubeugen.

Dieser Vorgang fand zu der Zeit statt, als Sie Ministerpräsident von Niedersachsen waren.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir erlauben uns in diesem Zusammenhang einige Fragen an Sie zu richten:

1. Waren Sie als damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen über diese Aktionen informiert, die von Ihrem Innenminister Glogowski als Koordinator einer Achse Niedersachsen / Hannover - Sachsen-Anhalt / Magdeburg - Brandenburg / Potsdam veranlaßt worden waren?
2. Warum haben wir trotz unserer vorangehenden Bemühungen in den obengenannten Angelegenheiten von Behörden der Bundesrepublik keinerlei Unterstützung, geschweige denn eine Grabungsgenehmigung erhalten?
3. Die Regierung Ihres Vorgängers, Herrn Dr. Kohl, hat gegen die Principality of Sealand darüber hinaus Verhaltensweisen an den Tag gelegt, die von Staats- und Völkerrechtlern in Den Haag als de facto-Kriegserklärung qualifiziert worden sind (Anlage 4).  
Haben Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder, die Absicht, diesen Zustand aufrecht zu erhalten?
4. Ist Ihnen der Inhalt unserer Schreiben und die eventuell daraus folgenden Konsequenzen bekannt, welche wir dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Diepgen, und der Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Frau Roth, Ende 1998 zur Kenntnis gegeben haben?

c/o Diplomatische Vertretung des Fürstentums Sealand im Deutschen Reich  
Ahrensdorfer Straße 7, D-14959 Trebbin-Löwendorf

KOPIE

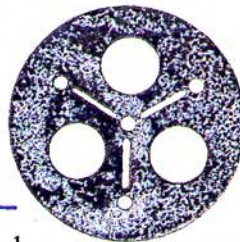
5. Um solche eventuellen Konsequenzen zu vermeiden, hat Ende 1998 die Kommissarische Regierung Deutsches Reich, veranlaßt durch den *SHAEF-Gesetzgeber USA*, mit der Principality of Sealand einen Freundschafts- und Konsularvertrag geschlossen, der auch eine Nichtangriffsverpflichtung beinhaltet.  
Sind Ihnen diese Dokumente bekannt?
6. Warum werden wir auch weiterhin von Bundesbehörden an der Bergung des Bernsteinzimmers, Reichspostschatzes usw. massiv und unter Androhung von Waffengewalt behindert, obwohl wir eine Grabungsgenehmigung von der vom SHAEF-Gesetzgeber eingesetzten Kommissarischen Regierung Deutsches Reich mit *Bestätigung des SHAEF-Gesetzgebers USA* erhalten haben?

Die Beantwortung dieser Fragen erbitten wir bis zum 28. Januar 2000. Sollten wir bis zu diesem Tage nichts von Ihnen hören, gehen wir davon aus, daß dieser Brief Ihnen vorenthalten wurde und werden ihn dann sicherheitshalber zusätzlich per Telefax übermitteln.

Für ein eventuell persönliches Gespräch stünde Ihnen der Unterzeichner nach Terminabsprache zur Verfügung

Mit vorzüglicher Hochachtung  
PRINCIPALITY OF SEALAND

  
(Johannes W. F. Seiger)  
Premierminister und Staatsratsvorsitzender



Verteiler: X  
XX

**Einschreiben - Rückschein**

Herrn Bundeskanzler Gerhard Schröder  
Bundeskanzleramt  
Mauerstraße 34 - 38  
10117 Berlin

c/o Diplomatische Vertretung des Fürstentums Seeland im Deutschen Reich  
Ahrensdorfer Straße 7, D-14959 Trebbin-Löwendorf